

Für einen Plan B in der Iran-Politik

Zusammenfassung

Es ist im dringendsten Interesse der Bundesrepublik, eine atomare Bewaffnung der Islamischen Republik Iran zu verhindern. Eine ideologisch ausgerichtete islamistische Diktatur, die mit Atomwaffen ausgerüstet ist und über Langstreckenraketen verfügt, ist eine existenzielle Bedrohung für alle Staaten der Region, der EU und der Welt.

Das iranische Regime ist zudem der einzige Staat der Welt, der einem anderen Staat mit der Vernichtung droht. Das Ziel der Vernichtung Israels wird aggressiv propagiert, steht im Zentrum der ideologischen Propaganda des Regimes und wird durch die ideologische, finanzielle und rüstungsmäßige Unterstützung von Terrorgruppen auch praktisch verfolgt.

Das iranische Regime verknüpft ideologische Motive (der Revolutionsexport ist in der iranischen Verfassung von 1979 vorgeschrieben) mit hegemonialen Bestrebungen in der Region, die darauf abzielen, eine iranische Vormachtstellung am Persischen Golf und im Nahen Osten durchzusetzen. Durch dieses Verhalten Irans sind auch andere Staaten in der Region massiv bedroht. Es droht ein atomares Wettrüsten in der Region. Seine Interessen setzt das Regime im Irak, im Libanon, im Jemen und vor allem in Syrien mit äußerster Brutalität durch. Die Flüchtlingswelle 2015 wurde wesentlich durch die iranisch-russische Kriegsführung in Syrien verursacht. Das brutale Vorgehen Irans im Mittleren Osten betrifft durch die Flüchtlingsbewegungen direkt auch die Lage in der EU und in Deutschland.

Das Ziel, eine Atomwaffe in den Händen des iranischen Regimes zu verhindern, wird deshalb fast weltweit geteilt. Umstritten war bisher nur der Weg dorthin. Die EU und die USA haben sich während der Trump-Administration auseinander entwickelt.

In letzter Zeit häufen sich die Meldungen, dass das iranische Regime gegen die Restriktionen des Nuklearabkommens JCPOA zunehmend verstößt. Iran verfügt laut Beobachtungen der Atomenergiebehörde IAEA inzwischen über einen kompletten Brennstoffkreislauf, es hat mit der Produktion von Uranmetall begonnen, arbeitet an seinem Raketenprogramm und an Plänen für einen Sprengkopf. Schätzungen über die Zeit, die der Iran braucht, um über eine funktionsfähige Atomwaffe zu verfügen, reichen von wenigen Monaten bis hin zu zwei Jahren.

Es ist deshalb von größter Wichtigkeit, dass es in der Iranpolitik ein gemeinsames Vorgehen mit den USA gibt wie mit den Kräften in der Region, die direkt von Irans expansiven Bestrebungen betroffen sind, insbesondere mit Israel. Deutschland und die EU sollten sich deshalb unbedingt hinter die Regierung Biden stellen, um gemeinsam weitere Schritte in Irans Atomprogramm entschieden zu verhindern.

Kein Zurück zum JCPOA: Ein einfaches Zurück zum Wiener Abkommen aus 2015 kann es dabei nicht geben. Die Erwartungen, die in das Abkommen gesteckt wurden, haben sich nicht erfüllt. Der Iran hat unmittelbar nach der Unterzeichnung des Abkommens, seine Syrienpolitik verschärft. Die im Zuge der Vereinbarung frei gewordenen Gelder in Höhe von mehr als 100 Milliarden US-Dollar sind nicht zum friedlichen Aufbau des Landes benutzt worden, nicht in die Infrastruktur oder die Wirtschaft des Landes investiert. Stattdessen hat Teheran diese Gelder benutzt, um seine hegemonialen Bestrebungen zu finanzieren und seine Terrormilizen in der Region. Diese Entwicklung fand vor der Wahl von Präsident Trump statt, und sie zeigt sehr deutlich, dass das iranische Regime kein Partner in der Region sein kann.

Auch in anderen Bereichen zeigt die Islamische Republik Iran, dass sie nicht bereit ist, sich an diplomatische Gepflogenheiten zu halten. Das betrifft die willkürliche Geiselnahme von Doppelstaatlern aus demokratischen Ländern, die als Faustpfand benutzt werden, um Zugeständnisse zu erzwingen. Das betrifft auch die Planung und Durchführung von Terror-Attentaten auf europäischem Boden. Zuletzt hat die Verurteilung eines an der iranischen Botschaft in Wien akkreditierten Diplomaten in Antwerpen gezeigt, dass iranische staatliche Einrichtungen in Europa eine massive Gefahr für die innere Sicherheit in Europa sind.

Das wichtigste Ziel der Bundesrepublik muss es sein, die Bedrohungen abzuwenden, die von der Islamischen Republik Iran für die innere Sicherheit in Deutschland ausgehen, für die Sicherheit in Europa, der Region und der Welt. Das iranische Atomprogramm ist eine Gefahr für alle. Eine Atomwaffe in den Händen eines radikalen, ideologischen, korrupten und mit terroristischen Mitteln agierenden Regimes muss unbedingt verhindert werden.

Die Unterstützung demokratischer Bestrebungen im Iran ist im deutschen Interesse. Konkrete Schritte zur Demokratieförderung zu unternehmen ist mehr denn je von politisch-strategischer Bedeutung. Die Förderung der iranischen Demokratiebewegung sollte zu einer Priorität in der deutschen Außenpolitik gemacht werden. Die iranische Demokratiebewegung und iranische Oppositionelle im Exil brauchen politische Unterstützung. Abgeordnete des Deutschen Bundestages und die Bundesregierung sollten über geeignete Maßnahmen nachdenken und dazu im Auswärtigen Amt einen Beauftragten ernennen. Zudem sollte über eine hochkarätige Menschenrechtskonferenz mit iranischen Oppositionellen nachgedacht werden.

Handlungsempfehlungen

- **Enge Abstimmung mit den USA und mit Israel im Vorgehen gegen eine atomare Bewaffnung Irans. Keine Schwächung von Sanktionen durch die EU oder Deutschland**
- **Kooperation mit allen Partnern in der Region, die von der iranischen Expansion bedroht sind. Unterstützung derjenigen arabischen Regierungen, die einen Ausgleich mit Israel suchen und damit für ein Ende des Nahostkonflikts stehen.**
- **Höherer Sanktionsdruck auf allen Ebenen und in jeder regionalen Arena (Jemen, Irak, Syrien, Libanon) für iranische Aggressionen durch konsequente Reaktion auf iranisches Missverhalten**
- **Förderung der iranischen Demokratiebewegung, im Iran und im Exil. Die Verteidigung demokratischer Bestrebungen muss zu einer Priorität der Außenpolitik gemacht werden**

Eine atomare Bewaffnung Irans verhindern

Die Verhinderung einer nuklearen Bewaffnung Irans, das Adressieren seines „gefährlichen Raketenprogramms“ und das Zurückdrängen seines „aggressiven Verhaltens in der Region“ ist eines der wichtigsten erklärten Ziele der Weltgemeinschaft, Europas und der USA.

Immer offensiver verstößt das iranische Regime gegen die Auflagen des Nuklearabkommens JCPOA (Joint Comprehensive Plan of Action), das die Islamische Republik 2015 mit den Mitgliedern des UN-Sicherheitsrats sowie Deutschland und der EU geschlossen hat. Im Februar 2021 teilte die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) mit, dass 3,6 Gramm Uranmetall in der iranischen Atomanlage in Isfahan "verifiziert" worden seien. Nach Angaben des iranischen Regimes wurde es zu Forschungs- und Entwicklungszwecken produziert, doch Uranmetall wird auch für den Sprengkopf einer Atomwaffe benötigt; seine Produktion gilt unter Beobachtern deshalb als deutlicher Hinweis auf militärische Absichten.

Solche Absichten hat das Regime bislang immer vehement geleugnet. Doch Geheimdienstminister Mahmud Alawi erklärte anlässlich der Feierlichkeiten zum Jahrestag der Revolution am 11. Februar, die Islamische Republik könne „zur Entwicklung von Atomwaffen gezwungen“ sein, wenn sie durch die Sanktionen „wie eine Katze“ weiter in die Enge getrieben werde.

Die Produktion von Uranmetall ist nicht der erste erwiesene Verstoß gegen das Atomabkommen. Seitdem die USA das Abkommen verlassen haben und stattdessen eine Politik des „maximalen Drucks“ gegen das Mullah-Regime verfolgen, verstößt der Iran immer offener gegen dessen Bestimmungen. Vor allem Uran wird in weit größerer Menge produziert und auch zu einem weitaus höheren Grad angereichert, als es nach dem JCPOA erlaubt wäre.

Im Dezember verabschiedete das iranische Parlament gar ein Gesetz, das zu Verstößen gegen die internationalen Vereinbarungen verpflichtet. Dieses Gesetz fordert die jährliche Produktion von 120 Kilogramm Uran, das auf 20 Prozent angereichert ist – bei diesem Anreicherungsgrad ist ein Großteil der erforderlichen Trennarbeit für die Produktion von atomwaffenfähigem Material geleistet. Darüber hinaus verlangt das Gesetz die Ausweisung der IAEA-Inspektoren ab Mitte Februar 2021.

Mit der Entscheidung des iranischen Pseudo-Parlaments vom Dezember 2020 damit zu drohen, die Urananreicherung auf 20% zu erhöhen und die Inspektionen der UN-Atombehörde IAEA zu suspendieren, mit der Produktion der zwölfwachen Menge an niedrig angereichertem Uran als im Atomabkommen von 2015 Iran vorgesehen und mit dem militärischen Säbelrasseln von Religionsführer Khamenei in einer Rede am 8. Januar¹ und von Außenminister Zarif vom 22. Januar in der Zeitschrift Foreign Affairs², wird es unabdinglich, dass vor allem die EU-3, Großbritannien, Frankreich und Deutschland sich diesem Erpressungsversuch Irans entgegen stellen und ihre gemeinsame Strategie an den veränderten Rahmenbedingungen neu ausrichten. Diese Notwendigkeit wird durch neue Berichte der IAEA verstärkt, die undeklarierte, möglicherweise militärische nukleare

¹ „When the Islamic Republic’s missiles are capable of striking a US drone flying in Iranian airspace, and when Iranian missiles are able to shatter the Ayn al-Asad Airbase, then the enemy has no choice but to take into account our country’s power when making military decisions.“
<https://english.khamenei.ir/news/8259/The-West-is-obliged-to-lift-the-sanctions-against-Iran-immediately>

² “Trump instead further trapped the United States in the region and inflamed divisions to the point where a minor incident might quickly spiral out of control and lead to a major war.“
<https://www.foreignaffairs.com/articles/iran/2021-01-22/iran-wants-nuclear-deal-it-made?>

Aktivitäten Irans belegen.³

Das iranische Regime hat zwei Wege zur Bombe. Der erste, konfrontative, Weg wäre eine Verweigerung zur Rückkehr zum Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplan (JCPoA). Schon jetzt ist laut neuem US-Außenminister Anthony Blinken die Break-Out Zeit, also die Zeit vom Entschluss zur Fertigstellung einer iranischen Atombombe von einem Jahr auf 3-4 Monate geschrumpft. Die immer größere Menge an nuklearem Material und moderne IR-6 Zentrifugen werden diese Zeit weiter reduzieren, so dass Inspektionen, die im Atomabkommen als Frühwarnsystem zum Gegensteuern gedacht sind, ihren Sinn verlieren. Vermutlich ist diese Option zur Zeit (noch) nicht die von Iran bevorzugte.

Der zweite Weg führt über eine Rückkehr zum JCPoA. Vor allem durch die Ablauffristen (sunset clauses) der zeitlichen Beschränkungen des Abkommens und die darin explizit erlaubte Forschung an schnelleren Anreicherungsverfahren kann das iranische Atomprogramm auch unter Beobachtung der UN-Inspektoren so fortgeführt werden, dass bei Auslaufen aller Beschränkungen im Jahr 2030, der Weg zu einem atomaren Arsenal offen stünde. Diese Befürchtungen teilen Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate mit Israel und anderen regionalen Akteuren. Die Kritiker des Abkommens hatten bereits vor Abschluss gewarnt, dass der Atomdeal ein nicht gedeckter Scheck auf eine Verbesserung des iranischen Verhaltens in der Zukunft ist. Mittlerweile wird in Europa und den USA eingestanden, dass die Sanktionserleichterungen Iran nicht von seiner Expansions- und Destabilisierungspolitik im Mittleren Osten abringen konnten und eine Eindämmung Irans beim Terrorexport und beim Raketenprogramm notwendig ist.

Da Iran vermutlich auf Zeit spielen wird, da es wie oben ausgeführt, zwei Optionen hat, werden die Vorverhandlungen sich in die Länge ziehen. In dieser Phase ist entscheidend, wie Großbritannien, Frankreich und Deutschland sich verhalten. Es gilt eine neue Strategie zu entwickeln, die auf lange Sicht Raum schafft, um die erklärten außenpolitischen Ziele umzusetzen: Eine langfristige Eindämmung sowohl des iranischen Atomprogramms als auch des Raketenprogramms und der Destabilisierungspolitik.

³ <https://www.timesofisrael.com/iaea-inspectors-in-iran-said-to-find-evidence-of-possible-nuclear-weapons-work/>

Menschenrechte und die Unterstützung der iranischen Demokratiebewegung

Die Menschenrechtslage im Iran ist katastrophal. Seit der Amtseinführung von Präsident Rohani im Jahr 2013, der als „moderat“ galt, kam es keineswegs zu einer Entspannung, vielmehr hat sich die Menschenrechtssituation weiter verschärft. Das Rechtssystem der Islamischen Republik basiert auf der Scharia und ist auf dieser Basis von massiven Einschränkungen gleicher Rechte für Frauen und Nicht-Muslime geprägt. Iran ist das Land mit den meisten Hinrichtungen pro Bevölkerungszahl. Die Hinrichtungszahlen und willkürlichen Verhaftungen stiegen seit den Massenprotesten im Winter 2017 stark an, die Haft-Bedingungen für Oppositionelle sind gefährlich, insbesondere gibt es keinerlei Schutz gegen die Corona-Pandemie.

Die Wahlen im Juni 2021 können wegen der mangelnden Beteiligung der Bevölkerung als Referendum gegen die Islamische Republik als Ganzes gewertet werden. Ebrahim Raisi, der Favorit des Revolutionsführers Khamenei, wurde als Sieger ausgerufen. Raisi steht wegen Menschenrechtsverletzungen sowohl auf der Sanktionsliste der EU wie auch in den USA.

Raisi ist für die Hinrichtung von tausenden Oppositioneller im Iran verantwortlich. Im Sommer 1988 erließ der damalige oberste religiöse Führer Ayatollah Khomeini eine Todesfatwa gegen die inhaftierten politischen Gefangenen der Islamischen Republik, vor allem gegen die Mitglieder der oppositionellen Volksmudjahedin sowie die Anhänger linker Gruppen. Tausende wurden innerhalb weniger Wochen getötet. Laut Mohammad Nourizad, einem ehemaligen Vertrauten des aktuellen Führers Khamenei beläuft sich ihre Zahl auf 33.000.⁴ Raisi war Mitglied des von Khomeini bestimmten höchsten „Todeskomitees“ zur Befragung und Auswahl der Hinrichtungskandidaten. Details der Massenhinrichtung wurden 2016 bekannt, als ein Mitschnitt einer Auseinandersetzung zwischen Raisi und anderen Mitgliedern des Todeskomitees veröffentlicht wurde. Noch im Juli 2020 rühmte sich Raisi im staatlichen iranischen Fernsehen seiner Taten, und erklärte, die Gefangenen hätten keine Gnade verdient.⁵ In großen Teilen der Bevölkerung ist Raisi wegen seiner Verantwortung für die Massenmorde des Regimes verhasst.

Im Iran ist nicht nur keine Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit im Rahmen von Demonstrationen und Kundgebungen ist gegeben, auch im Alltag werden die universellen Menschenrechte der iranischen Bürgerinnen und Bürger massiv verletzt. Nach wie vor werden religiöse, ethnische und sexuelle Minderheiten unterdrückt, Frauen erfahren eine umfassende Diskriminierung, Minder-jährige unterstehen trotz Ratifizierung der VN-Kinderrechtskonvention durch das iranische Regime kaum rechtlichem Schutz. Das gesamte private und gesellschaftliche Leben ist durch staatliche Repressalien zutiefst belastet. Darauf wird ebenfalls in den Berichten des UN-Sonderberichterstatters ausdrücklich hingewiesen.⁶

Passivität von Seiten des Westens ermutigt das iranische Regime, weiter repressiv gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen. Das Regime wird damit nicht Halt machen, bevor die Demokratiebewegung vollkommen zerschlagen ist.

So sehr zu wünschen ist, dass die iranische Demokratiebewegung obsiegt, so unwahrscheinlich ist es, dass sie das auf sich alleine gestellt schaffen kann. Vom Westen her muss Ali Chamenei und dem Regime daher glaubhaft klargemacht werden, dass die

⁴ <http://iraniansforum.com/eu/morder-der-uber-33-000-iranischen-politischen-gefangenen-1988-ander-macht/>

⁵ <https://www.mena-watch.com/kronzeuge-gegen-die-islamische-republik/> und <https://townhall.com/columnists/faridehgoudarzi/2021/05/20/mass-murderer-for-president-n2589764>

⁶ <https://www.ohchr.org/en/hrbodies/sp/countriesmandates/ir/pages/sriran.aspx>

Ermordung und Ausschaltung von Oppositionellen schwerste politische und wirtschaftliche Konsequenzen haben würde. Die bisher ins Auge gefassten Sanktionsmaßnahmen der EU reichen dafür nicht aus.

Im letzten Jahr hat sich sowohl im Bundestag wie auch in der EU die Überzeugung durchgesetzt, dass die Menschenrechte stärker in der Außenpolitik beachtet werden müssen. (Antrag FDP und Grüne⁷, Antrag CDU und SPD⁸).

Der Europäische Rat hat im Dezember 2020 erstmals eine globale Sanktionsregelung im Bereich der Menschenrechte eingeführt, eine Art europäischen „Magnitsky Act“. Damit hat sich die EU einen Rahmen gegeben, gezielt gegen Einzelpersonen, Organisationen und Einrichtungen vorzugehen, die für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind. Zu den restriktiven Mitteln gehören ein Reiseverbot sowie das Einfrieren von Geldern. Diese Entwicklung ist uneingeschränkt zu begrüßen. Es wäre jedoch wichtig, parallel auf nationaler Ebene zu handeln, da eine europäische Lösung wegen des Einstimmigkeitsprinzips schwer zu erreichen ist. Dies forderte im November 2020 auch die Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Gyde Jensen.⁹ **Andere Staaten wie Schweden oder die Niederlande arbeiteten derzeit ebenso an nationalen Gesetzen.**¹⁰

Die Bedeutung der Konzentration auf Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie geht aber über eine Unterstützung der Demokratiebewegung im Iran hinaus. Alle freiheitlichen Demokratien müssen begreifen, dass die Niederlage der demokratischen Bewegung im Iran eine direkte Bedrohung für ihre eigene Existenz darstellt.

Dies gilt auch über den Iran hinaus: Autoritäre Mächte streben danach, die pluralistische Demokratie weltweit zu zerstören. Die zeigt sich beispielsweise darin, wie Desinformationsapparate autoritärer Staaten, allen voran Russland und China, versuchen den Wahrheitsbegriff selbst zu zerstören, indem sie systematisch die Trennlinien zwischen Fiktion und Realität, Lüge und Tatsachen verwischen. Die autoritären Regime, darunter auch der Iran, greifen über Manipulationen in sozialen Medien und mit Desinformationskampagnen direkt in die Debatten in Demokratien ein. Das iranische Regime ist neben Russland, China und der Türkei ein Hauptakteur der gegen Deutschland gerichteten Spionage und Einflussnahme.¹¹

Die Demokratien müssen die Verteidigung weltweiter demokratischer Bestrebungen daher dringend zu einer Priorität ihrer Außenpolitik machen. Notwendig wäre zu diesem Zweck die Gründung eines globalen Aktionsforums der Demokratien, auf dem sie ihr diesbezügliches Vorgehen koordinieren können. Denn wir befinden uns in einer weltweiten Systemkonfrontation zwischen Demokratie und Autoritarismus. Nur vereint haben die demokratischen Nationen die Chance, in ihm zu bestehen.

⁷ <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw41-de-menschenrechtsverletzungen-iran-796010>

⁸ <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/237/1923702.pdf>

⁹ <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/246/1924677.pdf>

¹⁰ <https://www.bundestag.de/presse/hib/792530-792530>

¹¹ Vgl. BMI, Verfassungsschutzbericht 2021, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb-2020-kurzfassung.pdf>.

Terrorismus

In den letzten Jahren sind vermehrt Terroranschläge bzw. Attentatsversuche durch iranische Geheimdienste bzw. die aus Teheran kontrollierte Hisbollah in Europa und auch in Deutschland festgestellt worden. Insbesondere sind jüdische, israelische und exiliranische Ziele und Personen im Visier des iranischen Regimes.¹²

Am 4. Februar 2021 wurde vor einem Gericht in Antwerpen (Belgien) ein in Wien an der dortigen iranischen Botschaft akkreditierter Diplomat zu 20 Jahren Haft verurteilt. Es ist erwiesen, dass er einen Terroranschlag gegen iranische Oppositionelle in Paris organisiert hatte. Der Prozessverlauf ergab, dass der Terroranschlag zu einem beispiellosen Massaker geführt hätte. Am anvisierten Treffen des „Nationalen Widerstandsrats“ nahmen auch Abgeordnete des Bundestages teil, wie der CDU-Abgeordnete Martin Patzelt. Zuvor war bekannt geworden, dass der ehemalige SPD-Wehrbeauftragte und Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft vom iranischen Geheimdienst MOIS ausgespäht worden war, mit dem Ziel, ihn bei einer Zuspitzung des Atomkonflikts zu ermorden.

Diese Vorfälle zeigen, dass das iranische Regime eine massive Bedrohung europäischer und deutscher Sicherheitsinteressen darstellt. Dazu kommt, dass iranische Geheimdienste insbesondere jüdische und israelische Ziele in Deutschland ausspähen.

Die Geschichte des islamistischen Regimes weist eine lange Liste von Morden politischer Gegner im Ausland auf. Zwischen 1979 und 2011 wurden laut Angaben des „Iran Human Rights Documentation Center“ 160 Oppositionelle im Exil von den Agenten der Islamischen Republik im Ausland ermordet.¹³ Im Berliner Restaurant Mykonos wurden 1992 vier kurdisch-iranische Oppositionelle erschossen. Ein Berliner Gericht benannte 1997 höchste iranische Regierungsmitglieder als Verantwortliche.¹⁴

Der Mordanschlag auf kurdisch-iranische Oppositionelle im Berliner Restaurant Mykonos 1992 wurde durch ein Team von iranischen und Hisbollah-Agenten ausgeübt.

Es ist zum Schutz europäischer und deutscher Bürgerinnen und Bürger, insbesondere von Jüdinnen und Juden sowie von iranischen Oppositionellen im Exil unerlässlich, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, weitere Attentatsversuche zu stoppen. Dazu braucht es das klare Signal, dass mit Attentaten und Anschlagversuchen rote Linien überschritten sind, die politische und strafrechtliche Konsequenzen haben.

Diese Klarheit ist zur Wahrung der Sicherheit in Deutschland, aber auch zur Glaubwürdigkeit gegenüber dem Regime in Teheran wichtig, wenn das Atomabkommen mit dem Iran aufrechterhalten werden soll.

¹² <https://www.verfassungsschutz.de/embed/vsbericht-2019.pdf>

¹³ <https://iranhrdc.org/no-safe-haven-irans-global-assassination-campaign/>

¹⁴ <http://www.iranhrdc.org/english/publications/reports/3150-murder-at-mykonos-anatomy-of-a-political-assassination.html?p=18#Judgement>

Mögliche konkrete Handlungsfelder

Europäische Außenpolitik sollte sich bemühen neue Hebel zu finden, um Iran zur Rückkehr zu einem verlängerten (sunset clauses verstetigenden) Atomdeal zu bewegen, das ballistische Raketenprogramm aufzugeben und seine Destabilisierung der Region zu beenden.

Folgende Hebel könnten den Druck auf Iran zur Einlenkung verstärken:

- Drohungen mit der Erhebung des Snap-backs: EU 3 haben 2020 bei der UN schon das Vermittlungsgremium angerufen, jedoch ohne ein Datum für den Beginn der Beschwerdephase festzulegen, was dazu führte, dass der Prozess noch nicht begonnen werden kann. Eine Drohung, diesen Prozess starten zu lassen, kann Iran zwingen sein angereichertes Material außer Landes zu bringen und die Anreicherung wieder auf 3,75 % zurückzufahren, wie es der Atomdeal verlangt.
- Die EU-3 sollten die Forderung erheben, dass Iran die Urananreicherung gänzlich einstellt. Zum Betrieb des Atomreaktors zur Stromerzeugung kann man Fuel-Rods importieren, die EU könnte dies garantieren für die umfassende Unterlassung der Anreicherung und der Demontage der Zentrifugen und Anreicherungsanlagen
- Offenes und öffentliches Zugehen auf Länder der Abraham Accords (VAE, Bahrain, Marokko, Israel, etc.) um eine neue Sicherheitsarchitektur für den Mittleren Osten zu befördern.
- Ankündigung durch Deutschland und Großbritannien der Einbeziehung Israels und Saudi-Arabiens in die neuerlichen Atomverhandlungen, die zu einem „stärkeren und verlängertem“ JCPoA führen sollen, nachdem Frankreichs Präsident diesen Vorschlag am 30. Januar 2020 ins Spiel gebracht hat.¹⁵ Macron hat sich im Februar 2021 für die Einbeziehung Israels ausgesprochen.¹⁶
- Bundesregierung und Abgeordnete sollten iranische Exil-Oppositionelle öffentlichkeitswirksam treffen
- Demokratische Opposition und protestierende Bevölkerung im Iran stärken, durch öffentliche Unterstützungserklärungen, Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen und geheimdienstliche Materiallieferungen
- Jegliche Menschenrechtsverletzungen im Iran und besonders die Hinrichtungen Oppositioneller sind mit drastischen Sanktionen zu beantworten
- Hisbollah Verbot auf EU Ebene vorantreiben, auch die IRGC müssen auf die EU Terrorliste, ebenso alle Personen, die humanitäre Hilfe blockieren im von Houthis besetzten Hafen von Hudeida (Jemen) sowie die Kataib Hisbollah (Irak) und andere schiitische Milizen. Ihren Anführern müssen Konten gesperrt und Geschäfte mit ihnen untersagt werden.
- **Innenpolitik:** Die Politik des iranischen Regimes ist für Deutschland auch innenpolitisch problematisch, weil sie auf Ideologieexport und damit auf die Entfremdung der schiitischen Bevölkerung in Deutschland zur demokratischen Verfasstheit dieser Gesellschaft zielt. Besonders gefährlich ist es, dass iranische

¹⁵ <https://www.timesofisrael.com/iran-rejects-talks-after-macron-says-very-short-time-to-stop-it-getting-nukes/>

¹⁶ <https://www.timesofisrael.com/french-pm-israel-saudis-must-be-involved-in-new-talks-on-iran-nuclear-deal/>

Einrichtungen auch immer wieder Treffpunkte und Rückzugsraum für terroristische Akteure sind. Dazu gehört in Deutschland vor allem die Hisbollah. Laut Verfassungsschutz Hamburg verkehren ca. 30 Anhänger der Hisbollah im Islamischen Zentrum Hamburg (IZH). Die Bundesregierung kann die Effekte dieser Politik begrenzen, indem es die politischen, religionspolitischen und geheimdienstlichen Aktivitäten des iranischen Regimes hierzulande stärker einschränkt. Eine harte Linie ist seit Jahren überfällig. Dazu gehört auch, auf öffentliche Kontakte zu Vertretern des IZH und anderen Stellvertretern Irans in Deutschland und Europa zu verzichten. Sie dürfen nicht weiter hofiert werden.

- Jede entdeckte Rüstungslieferung für Irans Terrorpartner, sei es für die Hisbollah im Libanon, für gewaltbereite schiitische Milizen in Irak und Syrien und die Houthis im Jemen muss mit Personensanktionen gegen iranische Akteure und Regierungsverantwortliche beantwortet werden
- Bei hochgenommenen Schiffslieferungen von Waffen an die Houthis im Yemen sowie bei Raketenangriffen der Houthis auf Staaten der Region müssen Iransanktionen verstärkt werden
- Jede Menschenrechtsverletzung im Iran muss eine Reaktion Deutschland und Europas zur Folge haben
- Hinwirkung auf einen Ausschluss der Hisbollah aus einer neu formierten Regierung in Libanon
- Anklage von Syriens Präsident Assad wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag

Zusammenfassung

Abgeordnete des Deutschen Bundestages und die Bundesregierung sollten über eine hochkarätige Menschenrechtskonferenz nachdenken. Die iranische Demokratiebewegung, und iranische Oppositionelle im Exil brauchen diese politische Unterstützung. Konkrete Schritte zur Demokratieförderung zu unternehmen ist mehr denn je von politisch-strategischer Bedeutung.

Europa und die USA müssen das Zeitfenster nutzen, das die aktuelle iranische Finanzkrise zusammen mit der Coronakrise aufgestoßen hat.

Kurzfristiges Ziel ist es Verhandlungen zu einem JCPoA 2.0 anzustoßen mit den erklärten Forderungen zum Raketenprogramm, zur iranischen Destabilisierungspolitik und zur Verlängerung der Nuklearbeschränkungen.

Als langfristiges Ziel muss eine dauerhaft garantierte Einhegung der iranischen Aggression bewerkstelligt werden und eine Stärkung der pro-westlichen iranischen Bevölkerung in Angriff genommen werden.

Für den Aufbau einer langfristig wirksamen regionalen Sicherheitsarchitektur ist die Stärkung der neuen Allianzen im Rahmen der Abraham Accords seitens Europas unabdingbar.

Wichtig ist ein schnelles Handeln der EU-3 in Koordination mit den USA, den Preis für eine Blockadehaltung Irans mit den erwähnten Hebeln in die Höhe zu treiben.

Der Druck, der auf dem iranischen Regime seitens der eigenen Bevölkerung lastet, ist nicht gering einzuschätzen. Die Proteste Ende 2019 und die Reaktionen auf den Abschuss einer Passagiermaschine durch das Regime waren erheblich und hatten Zwangsmaßnahmen und Menschenrechtsverletzungen des Regimes zur Folge, was den Unmut verstärkte.

Und anders als es Repräsentanten des Regimes darstellen, reagiert das Regime empfindlich auf eskalierenden Druck. Man muss immer wieder daran erinnern, dass erst das Hochfahren der UN-Sanktionen 2012 in Kombination mit einer glaubhaften militärischen Option das iranische Regime an den Verhandlungstisch zum JCPoA gezwungen hat.

Bei größtmöglicher Umsetzung der gelisteten Hebelwirkungen ist eine ähnliche Reaktion des Regimes zu erwarten. Das Ziel einer Verhinderung eines atomaren Wettrüstens im volatilen Mittlere Osten und einer neuen Flüchtlingswelle gen Europa ist es wert, diese Neuausrichtung der deutschen und europäischen Iranpolitik schnell und konsequent voranzutreiben.

Mideast Freedom Forum Berlin 5/2021

Mideast Freedom Forum Berlin e.V.
Postfach 2 77 48
10130 Berlin
Telefon: +49 (0)30 - 209 958 52
info@mideastfreedomforum.org
www.mideastfreedomforum.org/